Datenschutzhinweise zu Anträgen bei der Fahrerlaubnisbehörde

Seit dem 25. Mai 2018 gilt mit der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Die DSGVO enthält Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Betroffenenrechten von Bürgerinnen und Bürgern. Daher informieren wir Sie nachfolgend über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten im Rahmen der Antragstellung gemäß den einschlägigen Vorschriften.

1. Kontaktdaten des Verantwortlichen für diese Datenerhebung (Art. 4 Nr. 7 DSGVO):

Landratsamt Schwandorf, Wackersdorfer Str. 80, 92421 Schwandorf,
Telefon: 09431/471-0, E-Mail: poststelle@landkreis-schwandorf.de

2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten (Art. 37 Abs. 1 DSGVO):

Landratsamt Schwandorf, Datenschutzbeauftragter, Wackersdorfer Str. 80, 92421 Schwandorf,
E-Mail: datenschutz@landkreis-schwandorf.de

3. Datenerhebung, Verarbeitung und Übermittlung

Datenerhebung und Verarbeitung

Die Datenerhebung erfolgt, soweit es für die Durchführung der Verordnung über die Zulassung von Personen im Straßenverkehr (FeV), des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) oder anderer verkehrsrechtlicher Bestimmungen erforderlich ist oder eine entsprechende Einwilligung vorliegt. Ihre Daten werden manuell bzw. automatisiert verarbeitet, insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt. Mit Antragstellung bei der Fahrerlaubnisbehörde und der darauf folgenden Bearbeitung fallen personenbezogene Daten an.

Im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflichten werden Sie dabei insbesondere gebeten, die im Antrag erforderlichen Angaben zu machen und diese ggf. mit entsprechenden Nachweisen zu belegen. Darüber hinaus werden auch biometrische Daten (z. B. Lichtbild und Sehtestbescheinigung) über Sie erhoben. Auch (andere) öffentliche Stellen übermitteln auf Ersuchen von Verantwortlichen Daten. Personenbezogene Daten werden bei anderen Stellen ausschließlich erhoben, wenn und soweit die Erhebung ausdrücklich geregelt ist, die Voraussetzungen der Regelung vorliegen und für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Übermittlung

Personenbezogene Daten werden ausschließlich dann übermittelt, wenn und soweit die Übermittlung ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben ist. Soweit eine Datenübermittlung auf Ersuchen einer anderen Stelle erfolgt, gelten diese gem. Art. 4 Nr. 9 Satz 2 DSGVO nicht als Empfänger des Art. 13 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO. Eine Übermittlung an ausländische Straßenverkehrsbehörden ist grundsätzlich möglich (z. B. § 51 Abs. 2 FeV).

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenerhebung und –verarbeitung:

Zweck der Erhebung Ihrer Daten sind Entscheidungen über Ihren Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis (z. B. Neuerteilung, Internationale Führerscheine, usw.)

Rechtsgrundlagen:

Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist für die weitere Sachbearbeitung im Rahmen der Antragstellung erforderlich und unerlässlich. Die Erhebung der Daten stützt sich auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e), Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g), Art. 4 Abs. 2 BayDSG und den für das jeweilige Rechtsgebiet einschlägigen Normen, insbesondere §§ 4, 20 und 21 FeV, §§ 2 ff., 28 Abs. 4, 48 ff. StVG. Ohne die Angabe der erforderlichen Daten kann der Antrag nicht bearbeitet und muss gegebenenfalls abgelehnt werden.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Ihre personenbezogenen Daten werden insbesondere weitergegeben an:

- das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg zur Speicherung Ihrer Fahrerlaubnisdaten im Zentralen Fahrerlaubnisregister und zur Klärung, ob Eintragungen im Fahreignungsregister gespeichert sind
- die Bundesdruckerei in Berlin bei Herstellung und ggf. Versand Ihres Kartenführerscheins
- die technischen Prüfstellen (z. B. TÜV), bei Ablegung der theoretischen und/oder praktischen Prüfung

- die Staatsanwaltschaften, Gerichte oder Polizeidienststellen, falls Akten bzw. Vorgänge aufgrund Eignungsüberprüfung/-bedenken/-zweifel angefordert werden müssen
- das Gesundheitsamt, Fachärzte und/oder Begutachtungsstellen für Fahreignung, wenn Gutachten erforderlich sind und/oder Eignungsbedenken geklärt werden müssen
- Rechtsanwälte bei Bevollmächtigung, Betreuer mit entsprechender Vollmacht
- andere Fahrerlaubnisbehörden, sofern Ihre Fahrerlaubnisdaten/-akten angefordert werden müssen
- die Einwohnermeldeämter und -register, zur Überprüfung Ihrer Meldedaten
- die Kreiskasse zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- die Fahrschulen, soweit Fahrerlaubnisdaten zur Entscheidung über Ihren Antrag übermittelt werden müssen

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Ihre Daten werden nach der Erhebung entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zwischen 2,5 und max. 15 Jahren gespeichert.

Dies gilt nicht, sofern gesetzliche Bestimmungen einer Löschung entgegenstehen, die eine weitere Speicherung zum Zwecke der Beweisführung erfordern oder Sie einer längeren Speicherung zugestimmt haben.

7. Betroffenenrechte:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO), soweit keine anderen datenschutzrechtlichen Vorschriften entgegenstehen.
- Sollten unrichtige oder unvollständige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung und Vervollständigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 17, 18 DSGVO). Innerhalb gesetzlicher Aufbewahrungsfristen besteht gemäß Art. 17 Abs. 3 Buchstabe b) DSGVO kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO.
- Im Zusammenhang mit dem Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis besteht kein Recht auf Datenübertragung nach Art. 20 DSGVO, da die Bearbeitung im öffentlichen Interesse liegt (Art. 20 Abs. 3 Nr. 2 DSGVO). Es besteht auch kein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 20 Abs. 1 DSGVO, da gesetzliche Vorschriften die Verarbeitung personenbezogener Daten vorsehen.
- Sollten Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer Einwilligung erhoben und/oder verarbeitet worden sein, können Sie diese Einwilligung jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zum Zeitpunkt des Widerrufs berührt.

8. Aufsichtsbehörde:

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz (BayLfD), Wagnmüllerstr. 18, 80538 München, Telefon: 089/212672-0, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de